

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Das neue Baden. 1949-1949 1949**

64 (8.6.1949)

# DAS NEUE BADEN

Erstausgabe monatlich — Bezugspreis DM 2.— einzahl. Träger-  
lohn, DM 2.50 bei Postbezug — Gültige Anzeigen-Preiskarte 5  
Telefon Nr. 2365 — Telegramm-Adresse: „Neubaden, Lehrschw.“

Breisgau \* Schwarzwald \* Bodensee

ORGAN DER DEMOKRATISCHEN PARTEI  
FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KULTUR

NR. 64/3. JAHRG.

MITTWOCH, DEN 8. JUNI 1949

PREIS 20 PFENNIG

## Kritische Phase der Pariser Konferenz

Flucht der Außenminister in die Öffentlichkeit / Um die Vier-Mächte-Regierung Berlins / Unüberbrückbare Gegensätze  
Werden Deutsche in Paris gehört? — Südweststaatfrage wird akut — Gestapomethoden in der Ostzone

Paris. (Von unserem diplomatischen  
Korrespondenten)

Die Pariser Konferenz befindet sich in einem Engpaß. Nachdem auch in den drei hinter verschlossenen Türen abgehaltenen Sitzungen keinerlei Fortschritt erzielt werden konnte und die Flucht in die Geheimdiplomatie keinen Erfolg hatte, haben die Außenminister wohl oder übel wieder den Rückzug in die Öffentlichkeit angetreten. Russen und Amerikaner haben ihre Lösungsvorschläge für das Berliner Problem zu Papier gebracht, und man erwartet, daß es hierüber jetzt noch einmal zu einer großangelegten Debatte kommen wird, von der man sich jedoch im Hinblick auf die eigentlichen Verhandlungen keinerlei Ergebnis verspricht, und die wohl in erster Linie den Zweck verfolgt, die Weltöffentlichkeit über die verschiedenen Standpunkte zu unterrichten.

Die Konferenz ist zweifellos in eine kritische Phase eingetreten. Wenn es in der Berliner Frage ebenso wenig wie in der Frage einer Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Gesamtdeutschlands zu einem Einverständnis gekommen ist, hat das im Grunde genommen die gleiche Ursache. Die Russen fürchten, bei einer Annahme des Westmächteplans die Schlacht um Berlin, deren erste Runde sie verloren haben, endgültig zu verlieren; die Westmächte ihrerseits denken nicht daran, in Berlin zu einem Kontrollsystem zurückzukehren, das es den Russen ermöglichen würde, dort jede konstruktive Arbeit zu sabotieren. Sie halten darüber hinaus an den Prinzipien der Freiheit und Demokratie fest, die eine der Grundlagen ihrer Deutschland-Politik bilden.

Wenn es Mitte voriger Woche einen Augenblick lang so aussah, als ob in der Frage einer Wiederherstellung der alliierten Kontrolle mit einigem guten Willen von beiden Seiten doch ein Kompromiß möglich wäre, hat sich dies sehr bald als Illusion erwiesen. Wyschinski ist in seinen Vorschlägen anscheinend doch etwas weiter gegangen, als den Machthabern des Krenel genehm war. Als man an einem Punkt angelangt war, an dem die Situation einigermaßen ausweglos erschien, sollen die Westmächte Wyschinski ersucht haben, darüber nach Moskau zu berichten und neue Instruktionen einzuholen. Wyschinski ist diesem Wunsch nachgegeben, das Ergebnis scheint jedoch nach allem, was bekannt wurde, völlig negativ gewesen zu sein.

Wyschinski ging in etwa zweistündigen Ausführungen auf den sowjetischen Berlin-Vorschlag ein, den er in einer der Geheim-sitzungen dem Außenministerrat vorgelegt hatte. Während Acheson geltend machte, daß nach dem sowjetischen Vorschlag jede Maßnahme des Berliner Magistrats durch das Veto-Recht der Kommandanten aufgehoben werden könnte, meinte Schuman, der sowjetische Vorschlag sei ein bewußter Versuch, die Verhältnisse von 1946 wiederherzustellen, allerdings sei der Plan vielleicht etwas besser als der sowjetische Standpunkt

über die deutsche Einheit, der sogar bis auf Potsdam zurückgehe. Der sowjetische Vorschlag lasse den Deutschen überhaupt keine Befugnisse zu einer freien Entscheidung. Bevin sagte, der sowjetische Plan bedeute, daß sogar die Ernennung von Lehrern Angelegenheit der alliierten Kommandantur sei. Das gleiche treffe für die Polizei zu. Westlichen Traditionen und Gedanken laufe es völlig zuwider, das Polizeiwesen der politischen Einmischung preiszugeben.

Man hat unter diesen Umständen den Eindruck, daß die Tage der Pariser Konferenz gezählt sind. Die Vertreter der Westmächte und besonders die Amerikaner und Engländer haben durchblicken lassen, daß sie nicht länger bereit sind, die unfruchtbare Diskussion noch länger fortzusetzen und es unter diesen Umständen vorziehen würden, die Konferenz bereits Ende dieser Woche zu verlagern. Natürlich besteht immer die Möglichkeit eines Theatertoups in letzter Minute, und

es gibt unentwegte Optimisten, die glauben, daß die Russen schließlich doch noch in letzter Minute einlenken werden. In diplomatischen Kreisen rechnet man trotz allem immer noch mit der Möglichkeit gewisser Abmachungen auf wirtschaftlichem und finanziellen Gebiet, sei es in der Frage der Wiederanbahnung eines Warenaustausches zwischen West- und Ostdeutschland.

### Die österreichische Frage wird akut

Paris. Der österreichische Außenminister Dr. Karl Gruber traf am Dienstagvormittag in Paris ein, um sich dem Außenministerrat für seine Beratungen über den österreichischen Staatsvertrag zur Verfügung zu halten. Er stattete dem britischen Außenminister Ernest Bevin einen Besuch in der britischen Botschaft ab und wurde am Nachmittag vom französischen Außenminister Robert Schuman empfangen.

## Wahlgesetz wird Freitag verkündet

Wiesbaden. Wie hier aus zuverlässiger Quelle verlautete, werden die westdeutschen Ministerpräsidenten am Freitag in Schlangenbad zusammentreten, um das Wahlgesetz zu verkünden. Gleichzeitig werden sie den Termin für die Bundeswahl festsetzen.

Bis zur Zusammenkunft der Landeswahlleiter am Mittwoch soll das Wahlgesetz gemäß den Wünschen der Militärgouverneure durch das Büro der Ministerpräsidenten nochmals redaktionell überarbeitet werden.

Ferner soll auf der Konferenz ein Organisationsausschuß zur Errichtung einer westdeutschen Bundesregierung konstituiert werden.

### Oeffentlicher Dienst oder Mandat?

Baden-Baden. Nach einer im „Journal Officiel“ erschienenen Verordnung des Franz. Oberkommandierenden sind die Militärgouverneure und Oberbefehlshaber der französischen, der amerikanischen und britischen Zone übereingekommen, gleichzeitig Rechtsvorschriften zu erlassen, durch welche es Mitgliedern des ersten Bundestages untersagt wird, zugleich gewisse Stellungen im öffentlichen Dienste zu bekleiden.

Zum Artikel 1 der Verordnung heißt es, daß wenn ein Richter, ein Beamter oder ein Angestellter des öffentlichen Dienstes zum ersten Bundestag gewählt wird, er mit der Wahl ohne weiteres aus dem öffentlichen Dienste ausscheidet. Dieser Artikel findet keine Anwendung auf Personen, die ein Ehrenamt bekleiden, die keine feste Besoldung beziehen, auf Hochschullehrer, Seelsorger, Beamte der Kirchen oder anderer Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts sowie ihrer Verbände, soweit sie nicht zu-

gleich eine andere Stelle im öffentlichen Dienste bekleiden.

### Kritik Dr. Schumachers

Rosenheim. Mit einer Großkundgebung begann am Pfingstmontag der SPD Bayerns ihre auf dem diesjährigen Parteitag beschlossene Wahlkampagne. Vor etwa 5000 Zuhörern sprach der SPD-Vorsitzende Dr. Kurt Schumacher, der die Handlungweise der elf deutschen Ministerpräsidenten kritisierte, die nicht das Recht gehabt hätten, das Gesetz in seinem materiellen Inhalt umzuändern. Schumacher kündigte an, die Sozialdemokratie werde im Parlamentarischen Rat die gesamte Materie des Wahlgesetzes noch einmal aufrollen, da sie die Ansicht vertritt, daß das Grundgesetz in seinem ganzen Inhalt von den Militärgouverneuren unterschrieben und damit rechtsverbindlich sei. Änderungen könnten also nur durch den Parlamentarischen Rat vorgenommen werden.

### Erweiterung deutscher Befugnisse

Baden-Baden. Bisher von der französischen Militärregierung in ihrer Zone ausgeübte Befugnisse hinsichtlich der Lenkung der deutschen Wirtschaft sind jetzt durch den französischen Oberbefehlshaber in Deutschland den deutschen Behörden zurückübertragen worden. Die französischen Stellen haben sich lediglich das Kontrollrecht vorbehalten.

Danach sind die deutschen Behörden jetzt für die Aufstellung und Durchführung von Produktionsprogrammen und Transportplänen und für die Verteilung von Rohstoffen und Erzeugnissen zuständig sowie mit gewissen Ausnahmen für die Festsetzung von Löhnen und Preisen.

Durch eine gleichzeitig erlassene Verfügung des französischen Oberbefehlshabers sind auf der Liste der wirtschaftlichen Sachgebiete, für die sich die französische Besatzungsmacht die Gesetzgebung vorbehalten hat, mehrere Sachgebiete gestrichen worden, so daß nur noch die folgenden Gebiete der Gesetzgebungsgewalt der Besatzungsbehörden unterstehen: Geldverkehr und Devisenkontrolle, Schulden des ehemaligen Deutschen Reiches, Zölle und Außenhandel, Lohnpolitik und Preisfestsetzung, Maß- und Gewichtswesen, allgemeine Statistik, Ernährungswirtschaft, Transportwesen, Post- und Fernsprechkverkehr.

### Was will eigentlich die „Tat“?

Worms. Die erste Deutschland-Tagung der Volksbewegung „Sammlung zur Tat“ nahm verschiedene Entschlüsse an, die u. a. die Bonner Verfassung ablehnen. Die Bewegung erwartet von ihren Anhängern bei den bevorstehenden Wahlen die Abgabe ungültiger Stimmzettel (!), falls die Aufstellung oppositioneller Kandidaten verhindert werden sollte und erklärt, daß einem Anschluß von Kommunisten an die Bewegung nichts im Wege stehe (!).

### Lebensmittel bleiben bewirtschaftet

Baden-Baden. Zu der Prosemmeldung, nach der die Aufhebung der Lebensmittelbewirtschaftung mit Ausnahme von Fett und Fleisch unmittelbar bevorsteht, wird von den zuständigen Stellen in Baden-Baden und Frankfurt erklärt, daß diese Meldung den Tatsachen nicht entspreche.

## Sind wir Neger?

In Paris treten die großen Vier zur Zeit auf der Stelle. Man erfährt nicht allzuviel, was hinter verschlossenen Türen vor sich ging. Jedenfalls scheint es nicht sonderlich voranzugehen. Um so lebendiger ist es in den Bezirken der deutschen Innenpolitik geworden. Ueber die Pfingsttage hat in Rosenheim Dr. Schumacher sich für die Sozialdemokratische Partei mit den großen Fragen der Innen- und Außenpolitik auseinandergesetzt und ein Herr Steinfeld aus Villingen hatte seine Getreuen nach Worms zu einer „Deutschland-Tagung“ einberufen. Man hat dort den Mund reichlich voll genommen, von der Notwendigkeit gesprochen, neue Wege zur Beseitigung der Notstände unserer Zeit zu suchen, ohne daß auch nur einer der Redner einen dieser Wege aufgezeigt hätte. Was uns aber stutzig macht, ist Herrn Steinfelds Anspruch, seine „Sammlung zur Tat“-Partei als „deutsche Bewegung“ zu firmieren. Von „Bewegungen“ haben wir nach den Lehren der Vergangenheit übergenug, und man müßte an dem politischen und gesunden Menschenverstand der Deutschen endgültig verzweifeln, wollte Villingen als „Kreisstadt der Bewegung“ in die Geschichte deutscher Abenteuerpolitik eingehen.

Aber auch ernst zu nehmende Politiker haben sich in diesen Tagen in unserer Südwestecke mächtig gerührt. In dieser nachpfingstlichen Woche wird der Sechserausschuß zur Vorbereitung eines Staatsvertragsentwurfs über den Länderzusammenschluß in Südwestdeutschland zusammentreten. In der Jubelstadt Ladenburg sprach der württembergisch-badische Staatspräsident Dr. Maier über die politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Südweststaates und in Ueberlingen, an der „hadischen Riviera“, kamen namhafte Vertreter der CDU aus dem badischen Bodenseegebiet, aus Württemberg und Hohenzollern zusammen und bejahten den Südweststaat ebenfalls. Mit Genugtuung vernimmt man, daß auch Herr Wohleb einer raschen Durchführung der Staatsvertragsverhandlungen keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen soll, wobei nur bedauernd festzustellen wäre, daß wir den Zusammenschluß der drei Länder ohne diesen Widerstand schon im August vorigen Jahres hätten haben können.

Die innenpolitische Bewegung hat in diesen Tagen aber auch über den auf die deutsche Südwestecke beschränkten Raum hinausgegriffen, und hier fängt die Sache an, bedenklich zu werden. Die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder, die die Bühne der großen Politik betreten, haben „deutsche Bundesregierung“ gespielt und sich eine Rolle angemaßt, die ihnen nach demokratischen Spielregeln nicht nur nicht zusteht, sondern die sie auch hundsmiserabel durchgeführt haben. Als ihnen die drei Militärgouverneure ihre Vorbehalte und eigenen Abänderungswünsche zu dem vom Parlamentarischen Rat verabschiedeten Wahlgesetz übermittelten, haben die drei der CDU angehörenden Ministerpräsidenten von Südbaden, Südwürttemberg und Rheinland-Pfalz sich über die Dienstbotentreppe das geholt, was die Mehrheit des Parlamentarischen Rates in offener Abstimmung der CDU versagt hatte: ein noch größeres Stück vom Mehrheitswahlsystem, auf das die CDU nun einmal versessen ist. Nach allem, was man über die Interna der Schlingensiedler Konferenz hört, ist um Haarsbreite eine Verschiebung der Wahlen und damit der Bildung des Bundesstaates bis Weihnachten, ein staatsrechtliches Vakuum und staatspolitisches Unglück also, verhindert worden, das die Länderchefs der französischen Zone um kleinlicher etwaiger Parteivorteile willen anscheinend leichten Herzens in Kauf genommen hätten.

Mit Demokratie hat all das nichts zu tun. Die Militärgouverneure hatten dem Parlamentarischen Rat vor zwei Monaten die Befugnis zur Aufstellung eines einheitlichen Wahlsystems zugestanden, und Artikel 137 des Bonner Grundgesetzes sagt ausdrücklich: „Für die Wahl des ersten Bundestages, der ersten Bundesversammlung und des ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik gilt das vom Parlamentarischen Rat zu beschließende Wahlgesetz.“ Um das Grundgesetz, also die Verfassung des neuen Staates, haben sich die Herren Wohleb, Müller und Altmeyer einen Deut gekümmert. Lassalle hat vor beinahe hundert Jahren einmal gesagt, eine geschriebene oder rechtliche Verfassung sei dann gut und dauerhaft, wenn sie der wirklichen Verfassung, d. h. den realen, im Lande bestehenden Machtverhältnissen, entspreche. Diese Machtverhältnisse und damit die Verfassung haben die zufällig mit der staats-

## Hintergründe des Marshall-Plans

Washington. Der frühere US-Außenminister George Marshall bezeichnete auf einem von den Botschaftern und Gesandten der sieben Marshall-Plan-Länder ihm zu Ehren gegebenen Empfang den Atlantikpakt als einen für ein wiederhergestelltes Europa und eine friedvolle Welt notwendigen Schritt. Ich bin der Ansicht, daß eine schnelle Ratifizierung für die Welt von großer Bedeutung ist, daß dadurch die Zusammenarbeit sowohl im Hinblick auf alle den Pakt betreffenden Punkte als auch hinsichtlich des ursprünglichen Hilfsprogramms fortgesetzt und erweitert wird.

Marshall gab einen Überblick über die Gründe, die ihn vor zwei Jahren zu seinen Vorschlägen für das Europäische Hilfsprogramm führten, und über die großen Fortschritte, die im Verlauf des ersten Jahres des Programms gemacht werden konnten. Die wirtschaftliche Erholung sei allein jedoch nicht ausreichend für Frieden und Wohlstand. „Ein Gefühl der Sicherheit ist für die Zukunft Europas und der Welt unerlässlich.“

Der außenpolitische Ausschuß des Senats hat, wie der demokratische Senator Fulbright nach einer Geheim Sitzung bekanntgab, den Atlantikpakt gebilligt und wird dem

Senat in einem Bericht seine Ratifizierung empfehlen.

### Sicherheit der Westunion

Paris. In der Normandie fanden am Pfingstsonntag und -montag Gedenkfeste anlässlich des fünften Jahrestages der alliierten Invasion statt, die ihre Höhepunkte mit großen Feuerwerken an der Küste der Normandie fanden.

Feldmarschall Lord Montgomery, der damals die Operationen leitete, sprach in Hermantville, einem kleinen Küstenstädtchen in der Normandie, vor Engländern und Franzosen. „Ich möchte Ihnen sagen“, erklärte Montgomery, „daß die Streitkräfte Großbritanniens Seite an Seite mit den französischen Soldaten kämpfen werden, wenn noch einmal eine Aggression kommen sollte.“

Der Feldmarschall, der heute der militärische Chef der Westunionsmächte ist, sagte, „die Sicherheit der Westunion gegen eine Aggression steht und fällt mit der Einheit der westeuropäischen Staaten.“

### Neuer Staatssekretär der US-Armee

Washington. Präsident Truman hat am Dienstag den bisherigen Unterstaatssekretär für die Armee im Verteidigungsministerium, Gordon Gray, zum Staatssekretär für die Armee ernannt.

ministerpräsidentlichen Würde bekleideten Politiker der CDU umgeben. Wir glauben, die altbadischen Achtundvierziger wären auf die Barrikaden gegangen.

Es erhebt sich nun die Frage, ob wir in einer Demokratie leben oder nicht. Als die amerikanischen Südstaaten nach dem Bürgerkrieg die Neger noch vom Wahlrecht ausschließen wollten, haben sie in ihre Verfassung die Bestimmung aufgenommen, daß nur derjenige wahlberechtigt sei, der die Verfassung lesen, verstehen und ihr eine vernünftige Auslegung geben könne. Wie damals die Wahlbeamten darüber zu bestimmen hatten, was „vernünftige Auslegung“ sei, so mußten sich die Herren Wohleb, Müller und Altmeier das Recht der ausschließlichen Auslegungsfähigkeit an und stempeln ihre „Untertanen“ zu Negern. Wir simplen Staatsbürger werden zwar in Länderverfassungen und Bonner Gesetz als die eigentlichen Souveräne angesprochen. Der Einbruch in die demokratischen Volksrechte zeigt aber, daß wir gar nichts zu melden haben, solange eine allgewaltige und sich immer mehr zu einer Partei mit Totalitätsanspruch entwickelnde CDU das Ruder in der Hand hat. Die Militärgouverneure haben die Ministerpräsidenten auf deren Wunsch hin ermächtigt, in ihren Ländern die Verteilung zwischen den Wahlbezirken und den Landeslisten im Verhältnis 60 zu 40 vorzunehmen. Dagegen ist ein Einspruch nicht möglich. Möglich aber ist unser Protest gegen das undemokratische Vorgehen der Herren Wohleb und Genossen, die wahrscheinlich auch der CDU einen Bürendienst erwiesen haben. Das Volk aber bedankt sich, zur Rolle rechtloser Neger herabgewürdigt zu werden.

### Südweststaat mit Einschluß der Pfalz

Ladenburg. Der württemberg-badische Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier nahm in einer Festrede anlässlich des 1850-jährigen Stadtjubiläums der Stadt Ladenburg nachdrücklich für die Schaffung eines Südweststaates Stellung. Er sagte, daß die deutsche Bundesrepublik in ihrer Südwestecke in einem gesunden, leistungsfähigen Staatswesen fest begründet sein müsse. Die deutschen Länder dürften in ihrer Größe und Einwohnerzahl nicht zu stark voneinander abweichen, da sonst innerdeutsche Bewertungen stattfinden, die an der Gleichberechtigung der einzelnen Länder rühren.

Dr. Maier sprach sich ferner für die Einbeziehung der Pfalz in den Südweststaat aus und erklärte, daß hierbei die Frage entschieden würde, ob der Rhein als Teilband oder -Bündelgürtel wirke. Dem französischen Nachbar würde der Südweststaat eine Friedensbürgschaft bedeuten, zumal er mit Einbeziehung der Pfalz die gesamte deutsch-französische Grenze mit seiner Westgrenze gemeinsam haben würde. Ebenso würde ein Südweststaat dem von Frankreich besonders befürworteten Prinzip eines föderalistischen Aufbaus der Deutschen Bundesrepublik dienen, da gerade die Kleinstaaterei der Todfeind eines gesunden Föderalismus sei.

#### Auch Bodensee-CDU für Vereinigung

Ueberlingen. Auf einer Versammlung von CDU-Vertretern aus Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern wurde eine Entschließung angenommen, in der der Zusammenschluß der Länder Baden, Württemberg und Hohenzollern zu einem gemeinsamen Südweststaat grundsätzlich bejaht wird.

### Westdeutscher Konsultativrat genehmigt

Bonn. Der westdeutsche Konsultativrat, der den Außenministern für die Pariser Konferenz zur Verfügung stehen soll, ist nach einer Mitteilung von Dr. Konrad Adenauer durch die drei westlichen Militärgouverneure

Die nächste Ausgabe wird ausnahmsweise erst am Samstag erscheinen.

anerkannt worden. Der Rat wird nach Adenauers Meinung in nächster Zeit für Anfragen aus Paris in Anspruch genommen werden.

#### Berliner Bischof kritisiert:

## Ungeist der Lüge und Gewalt

Die Gestapo lebt wieder auf — Schwindel der „Volkskongress“-Wahlen — Alles Recht ist beseitigt

Berlin. Der Leiter der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Kirchen Deutschlands, Dr. Otto Dibelius, Bischof von Berlin und Brandenburg, richtete in einem Schreiben an die evangelischen Gemeinden seines Bistums scharfe Angriffe gegen das augenblickliche Regierungssystem in der Ostzone. Für die Kirche sei jetzt die Stunde gekommen, zu reden, nachdem ein deutsches Staatsgebilde wieder im Entstehen sei und die Verantwortung in deutsche Hände gelegt werde.

Der Rat besteht aus den vier Regierungschefs Heinrich Wilhelm Kopf, Niedersachsen (SPD), Max Brauer, Hamburg (SPD), Peter Altmeier (CDU) sowie den fünf Mitgliedern des Parlamentarischen Rates Dr. Konrad Adenauer (CDU), Dr. Anton Pfeiffer (CSU), Erich Ollenhauer (SPD), Professor Carlo Schmid (SPD) und Professor Theodor Heuß (FDP).

Die Berliner Vertreter sollen nur dann zur Teilnahme am Konsultativrat aufgefordert werden, wenn die Außenministerkonferenz es wünscht. Als Berliner Vertreter waren Professor Ernst Reuter (SPD) und Jakob Kaiser (CDU) zum Konsultativrat delegiert.

Die Kirche hätte sich bisher Zurückhaltung auferlegt, obwohl es schwer gewesen wäre, zu schweigen, wenn tausende deutscher Männer und Frauen plötzlich verschwanden.

Dazu könne aber jetzt nicht mehr geschwiegen werden, da in der sowjetischen Besatzungszone mit der Abteilung 5 der Volkspolizei ein ähnliches Instrument wie die Gestapo wieder aufgebaut worden sei. Man arbeite auf diesem Gebiet heute wieder mit den gleichen Methoden wie seinerzeit. Alles, was Recht genannt werde, sei beseitigt worden. Was die „Volkskongress“-Wahlen anbetreffe, so seien die Stimmzettel genau nach dem Muster der Naziwahlen angefertigt worden.

In zahllosen Dörfern und Städten sei das kirchliche Leben durch politische Gewalt behindert und eingeschränkt.

Der Gottesdienst werde praktisch unmöglich gemacht, wenn arbeitsfähige Männer am Sonntag zur Arbeit kommandiert würden und Jugendliche zu Vorführungen antreten müßten. Auch dem Religionsunterricht in den Schulen würden laufend Schwierigkeiten gemacht. „Jeder von uns“, heißt es am Schluß des Briefes, „trägt eine Mitschuld daran, daß es wieder in einem Teile Deutschlands zu diesen Zuständen gekommen ist.“ Bischof Dibelius bittet jeden, in dessen Brust ein Gewissen schlägt, alles abzulehnen, was den Geist der Gewalt und der Lüge stützt.

Es ist das erste Mal, daß ein kirchlicher Würdenträger der Ostzone die dortigen Zustände in so scharfer Weise kritisiert.

#### Genau wie Hitler

Leipzig. Ueber vier Stunden lang nahm am Sonntag der SED-Vorsitzende Pieck einen Aufmarsch von FDJ-Vertretern aus der gesamten Sowjetzone ab. Unter den gleichgekleideten Jugendlichen befanden sich auch Delegierte aus Westdeutschland und aus Ländern, die der Weltföderation der „demokratischen Jugend“ angehören.

#### Sowjetagent Eisler

Seine Schwester muß es wissen Frankfurt. Die Schwester des Kommunisten Gerhard Eisler, Ruth Fischer, erklärte am Dienstag in London, daß „durch die Freilassung ihres Bruders ein weiterer sowjetischer Agent auf das deutsche Volk losgelassen worden sei“. Ruth Fischer hatte bereits vor 1930 mit der Kommunistischen Partei gebrochen und später auch mit ihrem Bruder, den sie als eingeheimes Werkzeug der sowjetischen Geheimpolizei bezeichnete.

#### Hessische Grenzpolizisten entführt

Wiesbaden. An der amerikanisch-sowjetischen Zonengrenze bei Rasdorf wurden zwei hessische Grenzpolizisten von zwei sowjetischen Soldaten in die Sowjetzone entführt und erst nach zweitägiger Haft wieder freigelassen.

Motorisierte Streifen der hessischen Grenzpolizei hatten durch Zeugenaussagen festgestellt, daß die beiden Beamten in der sowjetischen Kommandatur Geisa im Kreise Eisen- und Rettungsflugzeuge geborgen sind. Thüringische Grenzpolizei verweigerte jedoch jede Aussage über den Vorfall. Daraufhin hatte der hessische Innenminister beim thüringischen Innenminister die unverzügliche Freilassung der beiden Grenzpolizisten gefordert.

Nach ihrer Rückkehr sagten die beiden Beamten aus, daß sie von den Russen im Laufschritt mit erhobenen Armen nach Geisa getrieben und mehrmals verhöhrt worden seien. (4)

### Staatspräsident Auriol in Algerien



Der franz. Staatspräsident Vincent Auriol unternimmt gegenwärtig eine Reise durch Algerien. Bei dieser Gelegenheit verließ er der Stadt Algier das Kriegskreuz und bekam ein reinweißes Anzeigepfand zum Geschenk.

## WIRTSCHAFT

### Wirtschaftliche Lage Südbadens

Freiburg. Nach einem Monatsbericht des badischen Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit für April 1949, der Ende Mai abgeschlossen wurde, hat sich die wirtschaftliche Lage Südbadens im April gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich verändert. Die rückläufigen Tendenzen auf der einen Seite werden durch günstige Saisoninflüsse ausgeglichen. Firmen verhalten sich den Absatzschwierigkeiten gegenüber abwartend und produzieren vorläufig auf Lager. Die Beschäftigungszeit der Industrie zeigt immer noch eine leicht steigende Tendenz, während der Brutto-Produktionswert im April absolut von 128 auf 120,5 Millionen DM gesunken ist. Da die flüssigen Mittel des Handels in unabherrschbarer Weise investiert sind und oft auch ungewöhnlich lange Zahlungsfristen in Anspruch genommen werden, ist die Illiquidität in manchen Branchen der Industrie bedrohlich geworden. In der Industrie ist eine gewisse Rationalisierung durch Einsparung von Arbeitskräften zu beobachten. Die Arbeitslosigkeit ist insgesamt um 279 Personen gestiegen. Geringe Anzeichen einer Frühjahrsbelebung zeigen sich in der Erhöhung der offenen Stellen um insgesamt 93 sowie in einer Steigerung der Ergebnisse der Arbeitsvermittlungen.

Auf dem Kapital- und Geldmarkt ist nach Angaben der Banken und Sparkassen die Spartätigkeit weiter im Steigen begriffen. Jedoch ist dies noch nicht derart, daß der Kapitalmarkt wieder voll leistungsfähig ist. Bei der Vergebung von Anleihen und zur Befriedigung der finanziellen Bedürfnisse mußte in starkem Maße auf die Bizone zurückgegriffen werden, da der badische Kapitalmarkt sehr viel schwächer ist als der der Bizone. Die Kredite an die Nichtbankenkundschaft erhöhten sich nur um 3,2 Millionen DM, das sind 3,1 Prozent gegenüber dem Vormonat mit 13,9 Millionen DM, das sind 18,4 Prozent. Bei Kreditbanken haben die als die Nichtbankenkundschaft gewährten Kredite um 2,8 Millionen DM abgenommen, während diese Kredite bei den Sparkassen um 2,8 Millionen DM, bei den Kreditgenossenschaften um 1,6 Millionen DM und bei den Zentralkassen um 1,9 Millionen DM zunahm. Die bei den Geldinstituten verfügbare Gelder wurden in erhöhtem Maße bei anderen Kreditinstituten angelegt, wozu sich eine Ausdehnung der Bank an Bankkrediten von 9,8 auf 25,9 Millionen DM ergab. Die Barliquidität der Geldinstitute hat sich von 12,9 Prozent auf 12,3 Prozent erhöht.

#### Erfassung der seit Kriegsende entstandenen Verluste

Koblentz. Eine genaue Erfassung der seit Kriegsende bei Industrie-, Energie-, Werkwerks- und Verkehrsbetrieben (außer Eisenbahn, Post und Schifffahrt) entstandenen Verluste an Anlagen, Maschinen, Werkzeugen, Material usw. soll ab sofort in allen drei Ländern der französischen Besatzungszone durchgeführt werden. Es soll dadurch eine systematische und einwandfreie Zusammenfassung aller bisherigen Feststellungen erreicht werden, die zu statistischen Zwecken sowie zur Schaffung einer Grundlage für etwaige spätere Entschädigungen dienen soll. Die betreffenden Formulare sind bei den Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern bzw. Kreisinnungsverbänden erhältlich und dort innerhalb von fünf Wochen ausgefüllt abzurufen.

Nicht erfüllt werden derzeit die Kriegsschäden der Gruppen Handel, Banken, Versicherungen, Fremdenverkehr, Landwirtschaft sowie der Handwerksbetriebe, bei denen die obigen Voraussetzungen nicht gegeben sind. Diese sollen bei späteren Erhebungen zur Meldung herangezogen werden.

#### Kein Umtausch von Kleinplanzerabak

Freiburg. Das Finanzministerium von Südbaden hat neue Richtlinien für den Anbau von Kleinplanzerabak erlassen. Die wichtigste und die betreffende Kreise besonders interessierende Bestimmung besagt, daß ein Umtausch von Kleinplanzerabak der Ernte 1949 in fertige Tabakerzeugnisse nicht stattfindet.

Damit entfällt der Hauptreiz für den Kleinplanzer, der früher bei dem Umtausch die Tabakerzeugnisse steuerfrei erwarb. Bereits im Vorjahr war der ermäßigte Steuersatz für Prioritätsware zu entrichten.

Die Anmeldung hat spätestens am 31. Juli bei der Zollstelle des Anbaugrundstückes zu erfolgen.

#### Keine Volldemontage bei Uhren-Müller

Tübingen. Mit Unterstützung der französischen Regierung gelang es, die vollkommene Demontage der Uhrenfabrik Müller in Mühlheim (Kreis Tuttlingen) zu vermeiden, da Jugoslawien dem Austausch neuer Maschinen anstatt der zur Demontage vorgesehenen alten Maschinen zugestimmt hat.

#### Wetterbericht

Aussichten bis Donnerstagabend

Das neue Hochdruckgebiet über Mittelamerika, das uns seit Pfingstmontag überwiegend warm und heiteren Wetter brachte, wandert langsam in östlicher Richtung weiter. Die über Nordwesteuropa hinwegziehenden Tiefdruckgebiete gewinnen dabei erneut bei uns Einfluß. Einfluß bis Donnerstagabend: Wälder teilweise stärkere Bewölkung und einzelne, meist örtliche und gewittrige Schauer, darzwischen anhaltend warm.

### „DAS NEUE BADEN“

Redaktion: Adolf Kimmig, Chefredakteur: Adolf Kimmig, Anz. der Redakt.: Lehrschw., Postf. 276, Tel. 236, Verlag: Demokratische Verlags- u. Druck-AG, Lehrschw., Druck: Moritz Heusenburg, Lehrschw., Wald.

Spvgg. Fürth beinahe ...

Table with football results: Entscheidungsspiel: Bayern München - St. Pauli 2:2; Aufstiegsgruppe: Bayern München - SG Untertürkheim 2:0; etc.



DIE SPORT WELT

Trotz der massiven Abwehr gelang den Pforzheimern in der 22. Minute durch Gau das Gegen-

Jahn Regensburg - VIL Neckarau 7:1 In einem zügigen Spiel verstanden es die Platzherren, jede sich bietende Torchance auszunutzen.

FV Zuffenhausen - SC Kassel 2:1 In einem harten und temporeichen Treffen konnte keine der beiden Mannschaften das bessere Ende für sich behalten.

Nun doch St. Pauli!

Erst das zweite Entscheidungsspiel brachte die Entscheidung

Dem Schiedsrichter Schumann (Dortm.) stellten sich die Mannschaften in folgender Aufstellung: St. Pauli: Alm, Müller, Appel, Böger, Dzur, Sten-

Nach einer halben Stunde endlich hatte sich Bayern von Hamburgs Druck freigemacht und wurde dann ungemein gefährlich als Heideit auf Halb-

Unsere Tabellen

Table with football league standings: Aufstiegsgruppe Oberliga Süd; Gruppe I: Jahn Regensburg 4 2 1 0 10:7 7; etc.

Immer wieder kam Famula - von Bayer nur schlecht gedeckt - durch, seine Flanken kamen hingegen zu Bolter, der sich aber der ausgezeich-

St. Pauli - Kalerstern in Bremen Das Vorrundenspiel um die deutsche Fußball-

Erich Häsel und Helmut Fischer wieder daheim Unter den Kriegsgefangenen, die in diesen Tagen heimkehrten, befinden sich mit dem Meister-

Erich Häsel, vielfacher Repräsentant für Sachsen, verhalf dem FC Harta 1937 und 1938 zur Sachsenmeisterschaft.

Schweizer siegen beim Säckinger Radrennen

Alle Erwartungen, die man in das Säckinger Rundstreckenrennen gesetzt hatte, wurden noch bei weitem übertroffen. Ueber 5000 Zuschauer

südbadischen Assen mit dem jungen Sailer aus Rheinfelden an der Spitze vor Bestian (Rheinfel-

Portugal Weltmeister im Rollschuhhockey Im Verlauf der Tagung des Internationalen Roll-

Die Pfingstspiele der Heimat

Fest Freiburg - Deutsche Studentenausw. 0:2 Trotz hochsommerlicher Hitze rollte am Pfingst-

Abwehr hielt sich prächtig. Rechtsaußen Stalder schoß auf Vorlage des Linksaußen das einzige Tor

SV Hastatt - ASV Oppau 1:1 Das Treffen zwischen dem SV Hastatt und dem ASV Oppau erbrachte wohl die größte Niederlage

Erwartungsgemäß hatten die Gäste ihre Vorteile im Einzelkampf, als in der Mannschafts-

Der VfB Stuttgart hat den jungen talentierten Stürmer Sieger von Sportfreunde Hall für die

Giovanni Corrieri siegte in der zehnten Etappe der 'Giro d'Italia' von Udine nach Bassano über

Dem brasilianischen Fußballklub Botafogo gelang gegen Arsenal (London) ein Unentschieden von

Der deutsche Halbschwergewichtmeister Richard Vogt hat die Herausforderung des 23jährigen

Als erste deutsche Mannschaft wird Schwaben Augsburg am 16. Juni in Innsbruck ein Freunds-

Der 180er-Mittelläufer Georg Boyerer hat für die kommende Saison einen Vertrag bei Bayern Mün-

Der Stürmer Isacker, früher TuS Essem, spielt in der neuen Saison beim VfR Mannheim.

Der Trainer des VfR, Bumbasch, bezeichnete den Westdeutschen als 'hochtalentiert und entwick-

Die Internationale Olympische Kommission, erklärte in New York, daß die Sowjetunion doch einmal

Die Kurztrecken-Weltmeister Patton beabsichtigt sich nach der Saison 1949 vom Kampfsport zurück-

Bei den Motorrad- und Autorennen am 12. Juni auf dem Scottingring soll ein Motorsport-Totowet-

Staatliche Wohnungsbauförderung

Von Oberbürgermeister Jäger, Rastatt

Der Badische Landtag hat in einer seiner letzten Sitzungen das vom Ministerium des Innern vorgelegte Landesgesetz über eine

Hoffnungen aufzubauen. Allein die Tatsache, daß aus den sofort zur Verfügung gestellten

6,5 Prozent schaffen will. Ich gebe zu, daß die Eisenbahn sich in einer besonderen Notlage

setz über eine staatl. Wohnungsbauförderung vor der betrüblichen Tatsache, daß in Süd-

Es ist deshalb ein Gebot der Stunde, daß die Regierung sofort dafür eintritt, daß neben dem

- 1. aus dem Hypothekensicherungs-gesetz vom 22. 2. 1949 = 3 Millionen
2. aus dem Gesetz über die Erhebung einer Wieder-aufbauabgabe = 8 Millionen
3. aus der Wiederaufbau-anleihe, gespeist aus den Festkonten = 12 Millionen
4. aus dem Landesarbeits-stock, vorläufig = 6 Millionen

Es darf keine Zeit verloren werden. Bereits macht sich im Baugewerbe eine starke Arbeitslosigkeit bemerkbar, die nur behoben







Rebschädlingsbekämpfung dringend notwendig

Der Rebeschuttsdienst des Staatl. Weinbauinstituts gibt bekannt: Die erste Peronosporausbrüche sind am 29. und 30. Mai erfolgt.

lagen werden im Juni wöchentlich mit einem fertigen Kupfermittel (1%ig, konzentrierte Kupferkalk 0,4%ig) gespritzt.

daß im Frühjahr Saat und Gras erst richtig wachsen, daß die Knospen der Sträucher und Bäume erst dann springen, wenn ein Wetter sie „herausdonnert“.

fühlig. Wenn die saftstrotzenden Blätter der Runkel- und Steckrüben über Mittag auf den Boden sinken, wenn sie schlaff nach unten hängen, dann kommt gewöhnlich ein Gewittersturm.

Ein grausames Schicksal nahm mir meine inniggeliebte Lebensgefährtin und meinen Kindern ihre treusorgende Mutter Luise Rheinboldt geb. Fritsch

Beim Hinschied unserer lieben, treubesorgten, zuverlässigen Mutter Frau Rosa Gaß Wwe.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, heute unsern innigstgeliebten, einzigen Sohn Dieter Vorlauf

Ihre Verlobung geben bekannt: Eilen Melner Gert Hoesch

181. Versteigerung Donnerstag, 8. Juni, 14 Uhr, im freiw. Auftrag in bar und 10% Aufgeld versch. Besten in der Turnhalle der Pestalozzischule.

STÄDTISCHE BEKANNTMACHUNGEN Baden-Baden Lebensmittelaufruf Zucker: Monat Mai, 1. Rate.

Jetzt wieder SALAMANDER in bekannter Güte! Preislisten: 9.15 11.25 12.50 15.50 18.50 21.50 25.50 29.50

EINE Zeile nur von Dralle bringt Erfolg in jedem Falle Mit Zahncreme beginnt der Tag Dralle

Liebes Brautpaar! Verwandte, Freunde und Bekannte haben Sie anlässlich Ihrer Verlobung oder Vermählung zum Pfingstfest erfreut.

Demokratische Partei KASTATT Monatsversammlung Donnerstag, 9. Juni, 20.30 Uhr im Gasthaus „Zum Schö“

STELLENANGEBOTE Zeitungsverlag sucht in allen größeren Orten Kurorten und Gemeinden geeignete Verkaufsstellen und Straßenverkäufer z. Vertrieb seiner Tageszeitung.

STELLENGESUCHE Elektro-Monteur, mit Erfahrung in allen Zweigen der Elektrobranche, sucht ab sofort Anstellung in Rastatt od. Umgebungsgebiet.

Blitzgeleucht und Wetterschlag Der Landmann braucht den Segen des Himmels. Regen und Wärme wecken das Korn im deutschen Boden.

„DAS NEUE BADEN“ GESCHÄFTSSTELLE UND LOKALREDAKTION LÖRRACH TELEFON 2431

TIERMARKT 1. Jahrg. Schaf zu verkaufen. 23 Stück unter Nr. 218 in der Geschäftsstelle „Das Neue Baden“, Lahr.